

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXVII
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1. Gesellschaften als vertragliche Zusammenschlüsse	1
I. Regelungsaufgaben des Gesellschaftsrechts	1
II. Regelungsgegenstand und Abgrenzungen	2
1. Der Gesellschaftsbegriff des § 705 BGB	2
2. Die Gesellschaften als vertragliche Zusammenschlüsse von Personen	2
3. Der gemeinsame Zweck	3
a) Abgrenzung zur Bruchteilsgemeinschaft	3
b) Abgrenzung zur Ehegatteninnengemeinschaft und zum partiarischen Darlehen	5
4. Die Förderpflicht der Gesellschafter	6
III. Zusammenfassung	7
§ 2. Personengesellschaft und Körperschaft	7
I. Grundtypen	7
II. Charakteristika von Personengesellschaft und Körperschaft	8
1. Verhältnis von Gesellschaft und Gesellschaftern, Haftung	8
2. Gründungsakt und Registereintragung	9
3. Die korporative Verfassung	10
4. Organstruktur	12
5. Willensbildung	12
III. Kautelarjuristische Perspektive	13
IV. Einteilung der Gesellschaftsformen	14
V. Keine einheitliche Kodifikation	15
VI. Zusammenfassung	16
2. Teil. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	17
§ 3. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts als rechtsfähige Wirkungseinheit ..	17
I. Gesetzliche Grundlagen und Erscheinungsformen der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	17
II. Die Rechtsfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	18
1. Problemaufriss	18
2. Streitstand	19
3. Dogmatische und praktische Vorzüge der Gruppenlehre	20
4. Konsequenzen	22

III. Die Prozessfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	23
IV. Weitergehende Verselbstständigung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	24
V. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts als Besitzerin	25
VI. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts als Schuldnerin	26
VII. Sonderbehandlung von Innengesellschaften	27
VIII. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	29
1. Gesetzliche Neuordnung	29
2. Konsequenzen für andere Rechtsformen	29
3. Rechtsfähigkeit der GbR	29
IX. Zusammenfassung	30
§ 4. Der Gesellschaftsvertrag	30
I. Die vertragliche Grundlage	31
II. Die Form des Gesellschaftsvertrags	31
III. Die Beteiligung von Minderjährigen	32
IV. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	34
V. Zusammenfassung	35
§ 5. Die Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft	35
I. Problemaufriss und dogmatische Grundlagen	35
II. Voraussetzungen	38
III. Rechtsfolgen der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft	39
1. Innenverhältnis	39
2. Außenverhältnis	40
IV. Ausnahmetatbestände	40
1. Höherrangige Schutzbelange der Allgemeinheit	40
2. Höherrangige Schutzbelange Einzelner	41
3. Arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	43
V. Sonderkonstellation: Beitritt zur Publikumsgesellschaft als Außer- geschäftsraumvertrag (ehem. Haustürgeschäft)	44
VI. Leistungsstörungen im Beitragsverhältnis	47
VII. Zusammenfassung	48
§ 6. Geschäftsführung und Vertretung	49
I. Die Organstellung der Gesellschafter	49
II. Die Unterscheidung zwischen Geschäftsführung und Vertretung	50
III. Die Geschäftsführungsbefugnis	51
1. Gesamt-, Allein- und Einzelgeschäftsführung	51
2. Der Umfang der Geschäftsführungsbefugnis	53
3. Die Geschäftsführung als Recht und Pflicht des Gesellschafters ...	55
4. Die Entziehung der Geschäftsführungsbefugnis	57
5. Das Kontrollrecht des nicht geschäftsführenden Gesellschafters ...	58
IV. Die Vertretungsmacht	59
1. Gesamt-, Allein- und Einzelvertretung	59
2. Der Umfang der Vertretungsmacht	61

3. Die Entziehung der Vertretungsmacht	62
4. Die Wirkungen des § 899a BGB	62
V. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	63
VI. Zusammenfassung	63
§ 7. Gesellschaftsschulden und Gesellschafterhaftung	64
I. Die Begründung von Gesellschaftsschulden	65
1. Vertragliche Erfüllungspflichten	65
2. Vertragliche Schadensersatzpflichten	65
3. Schadensersatzpflichten aus unerlaubter Handlung	66
II. Die Begründung von Gesellschafterverbindlichkeiten	67
1. Meinungsstand	67
2. Praktische Auswirkungen	70
a) Vertragliche und deliktische Haftung	70
b) Haftungsbeschränkung	71
c) Keine Haftung für Sozialverbindlichkeiten	72
d) Analoge Anwendung weiterer HGB-Regeln	72
III. Die Beurteilung der Schuldnermehrheiten	74
1. Gesellschaft und Gesellschafter	74
2. Die Gesellschafter als Gesamtschuldner	75
IV. Fragen der Zwangsvollstreckung	75
V. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	77
VI. Zusammenfassung	77
§ 8. Die Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft	78
I. Mitgliedschaft und Gesellschaftsanteil	78
II. Die Beitragspflicht	79
1. Der Inhalt der Beitragspflicht	79
2. Der vereinbarte Beitrag als Obergrenze der Leistungspflicht	79
III. Die Treupflicht	80
1. Dogmatische Grundlage	80
2. Inhaltliche Ausgestaltung	81
3. Sonderfall: Zustimmungspflicht zu Vertragsänderungen	83
4. Rechtsfolgen	85
IV. Der Haftungsmaßstab des § 708 BGB	85
V. Die Vermögensrechte	87
1. Der Anspruch auf den Gewinnanteil	87
2. Der Anspruch auf das Auseinandersetzungsguthaben	88
VI. Die Übertragbarkeit und Pfändbarkeit der Mitgliedschaft und der Einzelrechte	88
1. Übertragbarkeit der Mitgliedschaft	88
2. Übertragbarkeit und Verpfändbarkeit der Einzelrechte	90
VII. Die Mitgliedschaft als sonstiges Recht i. S. d. § 823 I BGB	92
VIII. Sozialansprüche und Sozialverbindlichkeiten; actio pro socio	93
1. Sozialansprüche	93

2. Actio pro socio	94
3. Sozialverbindlichkeiten	96
IX. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	97
X. Zusammenfassung	97
§ 9. Gesellschaftsvermögen	98
I. Die Zuordnung des Vermögens zur Gesellschaft	98
1. Gesetzgeberische Grundkonstruktion	98
2. Der Erwerb von Rechten zum Gesellschaftsvermögen	99
a) Die Rechtsträgerschaft der Gesellschaft	99
b) Beiträge	99
c) Der Erwerb durch Geschäftsführung	100
d) Der Surrogationserwerb	101
II. Der Schutz des Gesellschaftsvermögens vor Verfügungen	101
1. Spannungsverhältnis zwischen gesamthänderischer Bindung und Rechtsträgerschaft der Gesellschaft	101
2. Anteil an dem Gesellschaftsvermögen	103
3. Das Aufrechnungsverbot des § 719 II BGB	103
4. Der Schutz gutgläubiger Schuldner	104
5. Verbleibende Relevanz des Gesamthandsprinzips	104
III. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	106
IV. Zusammenfassung	106
§ 10. Auflösung und Auseinandersetzung der Gesellschaft	107
I. Auflösung und Vollbeendigung	107
1. Kündigung durch Gesellschafter als Auflösungsgrund	107
2. Auflösung als Kündigungsfolge	108
3. Weitere Auflösungsgründe	109
II. Überblick über das Verfahren der Auseinandersetzung	110
1. Vorrang vertraglicher Gestaltung	110
2. Das gesetzlich vorgesehene Verfahren	110
III. Das Ausscheiden eines Gesellschafters	111
1. Die Tatbestände des Ausscheidens	111
2. Der Abfindungsanspruch des § 738 BGB	112
3. Die Haftung des ausscheidenden Gesellschafters	114
IV. Der Ausschluss eines Gesellschafters	114
1. Regelfall des § 737 BGB	114
2. Sonderfall Hinauskündigungsklausel	115
3. Sonderfall der zweigliedrigen Gesellschaft	116
V. Fehlerhafter Austritt eines Gesellschafters	117
VI. Sachverhalte mit familienrechtlichem Bezug	119
1. Ehegatteninnengesellschaft	119
2. Auflösung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	121
VII. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	123
VIII. Zusammenfassung	123

§ 11. Die Vererbung der Mitgliedschaft bei der BGB-Gesellschaft	124
I. Problemaufriss	124
II. Auflösung als gesetzliche Regelfolge	124
III. Fortsetzungsklausel als kautelarjuristische Gestaltungsalternative	125
1. Ausgangspunkt Fortsetzungsklausel	125
2. Der Ausschluss des Abfindungsanspruchs	125
IV. Eintritts- und Nachfolgeklauseln	127
V. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	127
VI. Zusammenfassung	128
3. Teil. Handelsrechtliche und verwandte Personengesellschaften	129
1. Kapitel. Die offene Handelsgesellschaft	129
§ 12. Begriff und Errichtung der OHG	129
I. Die OHG als besondere Form der Gesellschaft bürgerlichen Rechts ..	129
1. Übereinstimmungen	129
2. Abweichungen	130
II. Rechtstatsächliche Verbreitung der OHG und Relevanz des OHG- Rechts	130
III. Voraussetzungen der OHG	132
1. Der Betrieb eines Handelsgewerbes	132
2. OHG kraft Eintragung	133
IV. Anmeldung und Eintragung in das Handelsregister	134
1. Die gemeinschaftliche Firma	134
2. Anmeldung und Eintragung in das Handelsregister	135
3. Entstehung der OHG im Innen- und Außenverhältnis	136
V. Zur Kaufmannseigenschaft der OHG und ihrer Gesellschafter	137
VI. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	138
VII. Zusammenfassung	139
§ 13. Geschäftsführung und Vertretung	140
I. Die Geschäftsführungsbefugnis	140
1. Einzel-, Allein- und Gesamtgeschäftsführung	140
2. Der Umfang der Geschäftsführungsbefugnis	142
3. Die Entziehung der Geschäftsführungsbefugnis	143
4. Informationsrecht	145
5. Die Vergütung des Geschäftsführers	145
II. Die Vertretung	146
1. Einzel-, Allein- und Gesamtvertretung	146
2. Der Umfang der Vertretungsmacht	149
3. Die Entziehung der Vertretungsmacht	150
III. Geschäftsführung und Vertretung durch Nichtgesellschafter?	151
IV. Schein-OHG	152
V. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	153
VI. Zusammenfassung	153

§ 14. Die Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft	154
I. Überblick	154
II. Gesellschafterbeschlüsse und Stimmrecht des Gesellschafters	154
1. Beschlusserfordernis und Beschlussfolgen	154
2. Einstimmigkeits- und Mehrheitserfordernis	156
a) Allgemeine Grundsätze	156
b) Grenzen der Mehrheitsmacht	156
3. Das Stimmrecht	160
III. Das Wettbewerbsverbot	162
IV. Feststellung und Verteilung von Gewinn und Verlust; Entnahmerecht	164
1. Die Ermittlung von Gewinn und Verlust	164
2. Die Verteilung von Gewinn und Verlust	167
a) Der Begriff des Kapitalanteils	167
b) Die Gewinn- und Verlustverteilung	168
3. Das Entnahmerecht	169
V. Der Ersatz von Aufwendungen	169
VI. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	170
VII. Zusammenfassung	171
§ 15. Die Rechtsstellung der OHG gegenüber Dritten	172
I. Der Erwerb von Rechten durch die OHG	172
II. Die Begründung von Verbindlichkeiten der OHG	173
1. Erfüllungspflichten	173
2. Vertragliche oder deliktische Schadensersatzpflichten	174
III. Prozessuale Fragen	174
IV. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	176
V. Zusammenfassung	176
§ 16. Die Haftung der Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der OHG	176
I. Die Bedeutung des § 128 HGB	177
1. Die akzessorische Mitverpflichtung der Gesellschafter	177
2. Der Inhalt der Verbindlichkeit der Gesellschafter	178
3. Die Unabdingbarkeit der gesetzlichen Regel	181
II. Die Einwendungen des Gesellschafters (§ 129 HGB)	182
1. Persönliche Einwendungen	182
2. Von der OHG abgeleitete Einwendungen	182
3. Die aufschiebenden Einreden gem. § 129 II und III HGB	183
III. Die Beurteilung von Schuldnermehrheiten	185
1. Gesellschaft und Gesellschafter	185
2. Das Verhältnis der Gesellschafter zueinander	187
a) Keine Mithaftung für Sozialverbindlichkeiten	187
b) Der Gesellschafter als Drittgläubiger	187
c) Der Gesellschafterregress nach eigener Inanspruchnahme aus § 128 S. 1 HGB	189

IV. Prozessuale Fragen	190
1. Die Streitgenossenschaft zwischen OHG und Gesellschafter	190
2. Die Zwangsvollstreckung	191
V. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	192
VI. Zusammenfassung	192
§ 17. Auflösung und Liquidation der OHG	193
I. Die Auflösungsstatbestände	193
II. Die Grundgedanken der §§ 145 ff. HGB	197
III. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	197
IV. Zusammenfassung	198
§ 18. Eintritt und Ausscheiden von Gesellschaftern; Gesellschafterwechsel	198
I. Aufnahme eines neuen Gesellschafters	198
II. Ausscheiden und Ausschließung eines Gesellschafters	199
1. Überblick	199
2. Tod und Insolvenz	200
3. Kündigung	200
4. Gesellschaftsvertrag und Beschluss	201
5. Ausschluss eines Gesellschafters	201
6. Rechtsfolgen	202
III. Der Abfindungsanspruch und seine gesellschaftsvertragliche Ausgestaltung	202
1. Gesetzliche Regelung	202
2. Buchwertklauseln	203
a) Inhalt	203
b) Wirtschaftliche Benachteiligung des Ausscheidenden aufgrund einer Buchwertklausel	204
c) Nichtigkeitsfolge im Einzelfall	205
d) Ergänzende Vertragsauslegung	205
3. Kündigung durch Mitgesellschafter oder Dritte	206
IV. Sonderfall der zweigliedrigen Gesellschaft	207
V. Die Haftung des eintretenden und des ausgeschiedenen Gesellschafters für Verbindlichkeiten der OHG	208
1. Die Haftung des eintretenden Gesellschafters	208
2. Die Haftung des ausgetretenen Gesellschafters	209
3. Sonderproblem Dauerschuldverhältnisse	210
VI. Die Übertragung der Mitgliedschaft durch einheitliches Verkehrs- geschäft	212
VII. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	212
VIII. Zusammenfassung	213
§ 19. Die Vererbung der Mitgliedschaft bei der OHG	213
I. Ausscheiden durch Tod des Gesellschafters	213
II. Fortführung und Abfindung	214
1. Gesetzliche Ausgangslage, Problemaufriss und Gestaltungsvarianten	214

2. Nachfolgeklauseln	215
3. Eintrittsklauseln	216
III. Die Umwandlung der Gesellschafterstellung in eine Kommanditbeteiligung	217
1. Grundsätzliche Regelung des § 139 HGB	217
2. Mehrere Erben als Nachfolger	218
IV. Die Nachfolgeklausel beim Auseinanderfallen von gesellschaftsvertraglicher und erbrechtlicher Regelung	219
1. Der als Nachfolger Benannte ist nicht Erbe geworden	219
2. Der als Nachfolger Benannte ist nur Miterbe geworden	220
V. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	221
VI. Zusammenfassung	221
2. Kapitel. Die Kommanditgesellschaft	222
§ 20. Begriff und Errichtung der KG	222
I. Grundlagen	222
1. Begriff und Wesen der KG	222
2. Rechtstatsächliche Verbreitung	223
3. Gesetzliche Regelungsschwerpunkte	223
II. Die Entstehung der KG durch Neugründung	224
1. Grundzüge	224
2. Einlage und Haftsumme	226
3. Anmeldung und Eintragung in das Handelsregister	227
III. Die Entstehung der KG durch Umwandlung einer OHG	227
IV. Zur Kaufmannseigenschaft der KG und ihrer Gesellschafter	228
V. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	228
VI. Zusammenfassung	229
§ 21. Die Rechtsstellung des Kommanditisten nach Gesetz und Vertragspraxis	229
I. Geschäftsführung und Vertretung	229
1. Der Komplementär als Leiter des Unternehmens der KG	229
2. Vertretungsmacht	231
3. Abweichende Ausgestaltung der KG durch den Gesellschaftsvertrag	232
II. Weitere Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft des Kommanditisten	233
1. Wettbewerbsverbot, Kontrollrecht, Treupflicht	233
2. Vermögensrechte des Kommanditisten	234
III. Die Übertragung und Vererbung der Mitgliedschaft	235
1. Die Übertragung der Mitgliedschaft	235
2. Die Vererbung der Mitgliedschaft	236
IV. Auflösung und Liquidation	236
V. Ausscheiden und Abfindung	237
VI. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	237
VII. Zusammenfassung	237

§ 22. Die Haftung des Kommanditisten	238
I. Die Rechtsnatur der Kommanditistenhaftung	238
1. Unmittelbare und persönliche Haftung	238
2. Die Einwendungen des Kommanditisten	239
II. Die summenmäßige Beschränkung der Kommanditistenhaftung	240
III. Der Ausschlussbestand des § 171 I Hs. 2 HGB	241
1. Die Bedeutung des § 171 I Hs. 2 HGB	241
2. Die Leistung der Einlage und der Ausschluss der Haftung durch Gläubigerbefriedigung	241
3. Die Haftung bei Rückgewähr der Einlage	242
IV. Die Haftung des Kommanditisten bei Ein- und Austritt	243
V. Zur Abgrenzung: Die Haftung der KG mit der Einlage des Komman- ditisten	245
VI. Die unbeschränkte Haftung des Kommanditisten	246
1. Aufnahme eines Geschäftsbetriebs i. S. d. § 1 HGB vor Eintragung der KG	246
2. Aufnahme eines Geschäftsbetriebs i. S. d. § 2 HGB vor Eintragung der KG	248
3. Die Schein-KG	250
4. Keine ordnungsgemäße Eintragung des Eintritts eines weiteren Kommanditisten	250
VII. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	251
VIII. Zusammenfassung	251
§ 23. Die Publikums-KG	252
I. Begriff	252
II. Motive der Rechtsformwahl	253
III. Ausgestaltung	254
IV. Anlegerschutz in der Publikums-KG	255
1. Problemaufriss	255
2. Schutz durch richterliche Inhaltskontrolle	256
3. Haftungsrechtlicher Schutz, Prospekthaftung	256
V. Zusammenfassung	258
3. Kapitel. Verwandte Gesellschaftsformen	258
§ 24. Die stille Gesellschaft	258
I. Die rechtlichen Merkmale der stillen Gesellschaft	258
II. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Geschäftsinhaber und dem stillen Gesellschafter	260
III. Die Beendigung der stillen Gesellschaft	262
IV. Atypische Formen der stillen Gesellschaft	263
V. Zusammenfassung	264
§ 25. Die Partnerschaft	264
I. Einführung	264
1. Entwicklungsgeschichte	264

2. Strukturmerkmale	265
3. Rechtstatsächliche Verbreitung	267
II. Gründung	268
1. Vertragsschluss	268
2. Registereintragung	269
III. Die Partnerschaft im Außenverhältnis	271
1. Rechtsträgerschaft	271
2. Die Haftung bei der Partnerschaft in ihrer Grundform	271
3. Die Haftung bei der Partnerschaft mit beschränkter Berufshaftung	273
IV. Auflösung, Abwicklung, Ausscheiden	275
V. Zusammenfassung	275
4. Teil. Körperschaften	277
Vorbemerkung	277
1. Kapitel. Der Verein	278
§ 26. Begriff und Errichtung des eingetragenen Vereins	278
I. Begriff, Erscheinungsformen und Verbreitung	278
II. Gründung des Vereins	280
III. Der Erwerb der Rechtsfähigkeit	282
1. Verein ohne wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	282
a) Bedeutung der Rechtsfähigkeit	282
b) Erlangung der Rechtsfähigkeit	283
2. Verein mit wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb	285
a) Grundsatz	285
b) Nebenzweckprivileg	287
IV. Zusammenfassung	288
§ 27. Vereinsorgane und Mitgliedschaft	289
I. Der Vorstand	289
1. Die Organstellung des Vorstands	289
2. Die Organhaftung des Vereins	292
II. Die Mitgliederversammlung	295
III. Die Mitgliedschaft	296
1. Inhalt, Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft	296
2. Aufnahmezwang	298
IV. Zusammenfassung	300
§ 28. Der nicht eingetragene Verein	300
I. Gesetzliche Ausgangslage	301
II. Die korporative Verfassung	301
III. Der nicht eingetragene Verein im Rechtsverkehr	303
IV. Der nicht eingetragene Verein im Zivilprozess	305
V. Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	305
VI. Zusammenfassung	306

2. Kapitel. Die Aktiengesellschaft	306
§ 29. Strukturmerkmale und Gründung der AG	306
I. Allgemeine Strukturmerkmale der AG	306
1. Historischer Ausgangspunkt	306
2. Die AG als Körperschaft	307
3. Die AG in Abgrenzung zum Verein und zur GmbH	308
4. Rechtstatsächliche Verbreitung	309
II. Die Gründung der AG	310
1. Die einfache Gründung	310
2. Die qualifizierte Gründung, insbesondere die Sacheinlage	313
a) Die offene Sacheinlage	313
b) Die verdeckte Sacheinlage	314
III. Zusammenfassung	317
§ 30. Die Organe der AG	317
I. Der Vorstand	317
1. Der Vorstand im Zuständigkeitsgefüge der AG	317
2. Vertretung und Geschäftsführung	318
3. Weitergehende Zurechnung des Vorstandshandelns	320
4. Bestellung des Vorstands und Widerruf der Bestellung	321
5. Rechte und Pflichten des Vorstands	322
6. Haftung des Vorstands	323
II. Der Aufsichtsrat	324
1. Allgemeines	324
2. Überwachungsaufgabe	325
3. Vermeidung von Interessenkonflikten	326
III. Die Hauptversammlung	327
1. Zuständigkeit	327
2. Einberufung und Beschluss	330
IV. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer	331
V. Zusammenfassung	333
§ 31. Die Mitgliedschaft des Aktionärs	334
I. Die Verbriefung der Mitgliedschaft in der Aktie	334
II. Die Einzelrechte aus der Mitgliedschaft	336
1. Verwaltungsrechte	336
a) Teilnahme-, Stimm- und Auskunftsrecht	336
b) Beschlussmängelrecht	338
2. Vermögensrechte und -pflichten	342
3. Mitgliedschaftliche Treupflicht	343
III. Zusammenfassung	343
§ 32. Die Finanzverfassung der AG	344
I. Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung	344
1. Kapitalaufbringung	344

2. Die Vermögensbindung nach § 57 AktG	345
3. Darlehen an Gesellschafter	347
II. Gesellschafterdarlehen	349
III. Kapitalmaßnahmen	349
1. Effektive Kapitalerhöhung gegen Einlagen	349
2. Sonstige Fälle einer Kapitalerhöhung	351
3. Kapitalherabsetzung	351
IV. Gewinnverwendung	353
V. Zusammenfassung	354
3. Kapitel. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung	354
§ 33. Struktur und Gründung der GmbH	354
I. Die GmbH im Gesamtgefüge des Gesellschaftsrechts	354
1. Einführung der GmbH	354
2. Strukturmerkmale	355
3. Rechtstatsächliche Verbreitung und Reform	357
II. Die Gründung der GmbH	358
1. Reguläre Gründung	358
2. Vereinfachte Gründung	359
3. Insbesondere: Der Grundsatz der Kapitalaufbringung	360
4. Besonderheiten bei der UG (haftungsbeschränkt)	362
III. Vorgründungsgesellschaft, Vorgesellschaft und juristische Person	363
1. Die Vorgründungsgesellschaft	363
a) Grundsätzliche Überlegungen	363
b) Gründung der Vorgründungsgesellschaft	364
c) Haftung der Vorgründungsgesellschaft und ihrer Mitglieder ...	365
d) Handelndenhaftung	366
e) Verhältnis der Vorgründungsgesellschaft zur eingetragenen GmbH	367
2. Die Vorgesellschaft	367
a) Verpflichtung der Vorgesellschaft und ihrer Gesellschafter	367
b) Handelndenhaftung	369
3. Folgen der Eintragung	369
IV. Zusammenfassung	370
§ 34. Die Organisationsverfassung der GmbH	371
I. Allgemeine Organstruktur	372
II. Die Geschäftsführer	372
1. Bestellung und Widerruf	372
2. Geschäftsführung und Vertretung	374
a) Kompetenzzuweisung	374
b) Beschränkungen der Vertretungs- und Geschäftsführungs- befugnis	374
3. Sorgfaltspflicht und Haftung	376

4. Pflichten in der Insolvenz	376
a) Insolvenzantragspflicht	376
b) Insolvenzverursachungshaftung	380
III. Die Gesellschafterversammlung	381
IV. Zusammenfassung	382
§ 35. Die Mitgliedschaft des GmbH-Gesellschafters	383
I. Der Erwerb der Mitgliedschaft	383
1. Übertragbarkeit	383
2. Formerfordernis	384
3. Mängel beim Unternehmenskauf	385
4. Der gutgläubige Erwerb von GmbH-Geschäftsanteilen	388
II. Vermögens- und Verwaltungsrechte des Gesellschafters	389
1. Vermögensrechte	389
2. Verwaltungsrechte	389
III. Pflichten des Gesellschafters	390
1. Vermögenspflichten	390
2. Verwaltungspflichten	390
3. Treupflicht	391
IV. Durchgriff auf den GmbH-Gesellschafter und die Existenzvernichtungshaftung	391
1. Durchgriffshaftung	391
2. Existenzvernichtungshaftung	394
V. Zusammenfassung	395
§ 36. Die Finanzverfassung der GmbH	396
I. Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung	396
II. Gewinnverwendung	398
III. Kapitalmaßnahmen	399
IV. Gesellschafterdarlehen	399
1. Grundkonstellation	399
2. Erweiterungen	401
V. Zusammenfassung	402
5. Teil. Rechtsformübergreifende Probleme	403
§ 37. Die GmbH & Co. KG als Verbindung von Kapital- und Personengesellschaft	403
I. Struktur und Zulässigkeit der GmbH & Co. KG	403
II. Motive für die Wahl der GmbH & Co. KG	404
1. Steuerrechtliche Vorzüge	404
2. Gesellschaftsrechtliche Vorzüge	405
III. Erscheinungsformen und tatsächliche Verbreitung der GmbH & Co. KG	406
IV. Die Errichtung der GmbH & Co. KG	407
V. Die Organisationsverfassung der GmbH & Co. KG	408
VI. Die Mitgliedschaft in der GmbH & Co. KG	409
VII. Zusammenfassung	411

§ 38. Grundzüge des Konzernrechts	411
I. Grundlagen	411
1. Begriff und Motive der Konzernierung	411
2. Gesetzliche Regelungsaufgabe	412
3. Aufbau der gesetzlichen Regelung	413
II. Die rechtsformübergreifenden Definitionsnormen der §§ 15–19 AktG	414
1. Regelungsprinzip und Terminologie	414
2. Zum Unternehmensbegriff	414
3. Verbundene Unternehmen und Mehrheitsbesitz (§§ 15 und 16 AktG)	416
4. Abhängigkeit (§ 17 AktG)	417
5. Konzern und wechselseitige Beteiligung (§§ 18 und 19 AktG)	418
III. Konzernbildungskontrolle durch Beteiligungspublizität	420
IV. Der Aktienkonzern	420
1. Der Vertragskonzern (§§ 291 ff. AktG)	420
a) Wirkung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages .	420
b) Vertragsschluss	421
c) Sicherung der abhängigen Gesellschaft und ihrer Gläubiger	422
d) Sicherung der Minderheitsgesellschafter	423
2. Der faktische Konzern (§§ 311–318 AktG)	425
a) Verbot nachteiliger Einflussnahme	425
b) Abhängigkeitsbericht	426
c) Haftung des herrschenden Unternehmens und seiner gesetzlichen Vertreter (§ 317 AktG)	426
d) Rechtspolitische Bewertung und qualifizierte Nachteilszufügung	427
3. Eingliederung	428
V. Der GmbH-Konzern	428
1. Grundlagen	428
2. Der GmbH-Vertragskonzern	429
3. Der faktische GmbH-Konzern	430
a) Grundlagen	430
b) Vom qualifiziert faktischen Konzern zur Existenzvernichtungs- haftung	431
4. Eingliederung (§§ 319 ff. AktG) und Squeeze-out (§§ 327a ff. AktG)	434
VI. Zusammenfassung	435
§ 39. Umwandlungsvorgänge	436
I. Begriff und Zweck des Umwandlungsrechts	436
II. Die Verschmelzung (§§ 2–122l UmwG)	438
1. Wesen der Verschmelzung	438
2. Voraussetzungen	438
3. Rechtsfolgen und Rechtsschutz	439
III. Die Spaltung (§§ 123–173 UmwG)	440
1. Begrifflichkeit, Motive und Erscheinungsformen	440

2. Voraussetzungen	441
3. Rechtsfolgen	442
4. Anteilseigner- und Gläubigerschutz	442
IV. Der Formwechsel	442
1. Begrifflichkeit und Zweck	442
2. Voraussetzungen	443
3. Rechtsfolgen und Rechtsschutz	444
V. Zusammenfassung	445
6. Teil. Gesellschaften mit grenzüberschreitendem Bezug	447
§ 40. Europäisierung des Gesellschaftsrechts	447
I. Freiheit der Rechtswahl	447
1. Grundzüge des Internationalen Gesellschaftsrechts	447
2. Einfluss der Niederlassungsfreiheit auf das Internationale Gesellschaftsrecht	448
3. Niederlassungsfreiheit als nachträgliche Rechtswahlfreiheit	451
4. Zukunftsperspektiven der grenzüberschreitenden Unternehmensmobilität	452
II. Rechtsangleichung	452
III. Unionsrechtliche Entwicklung von supranationalen Rechtsformen	454
IV. Grenzüberschreitende Online-Gründung nach dem Company Law Package 2018	455
V. Zusammenfassung	456
§ 41. Die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	456
I. Rechtsquellen und gesetzgeberisches Anliegen	456
II. Gründung und Strukturmerkmale	458
III. Zusammenfassung	459
§ 42. Die Societas Europaea (SE; Europäische Aktiengesellschaft)	459
I. Grundlagen	459
1. Wesen, Zweck und Verbreitung der Societas Europaea	459
2. Rechtsquellen	462
3. Rechtsnatur	462
II. Strukturmerkmale	463
1. Körperschaft, juristische Person, Kapitalgesellschaft, Handelsgesellschaft	463
2. Die Organisationsverfassung der SE	464
III. Gründung	466
IV. Zusammenfassung	467
Sachverzeichnis	469